

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

9/XXVI/38

25. Februar 1971

Der "Kommunist" und die Reformpolitik der SPD

Zu einem Artikel in der theoretischen
Zeitschrift der KPdSU

Von Heilmut Sieglerschmidt SPD-MdB
Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Seite 1 und 2 / 87 Zeilen.

Sorge um die SPD?

Ein notwendiges Wort zur aktuellen Situation

Seite 3 / 48 Zeilen

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Standort und Aufgaben der Sozialdemokratie
in der BRD"

Seite 4 bis 7 / 192 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9133
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 39
Telex: 886 846/886 847/
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 65 11

Der "Kommunist" und die Reformpolitik der SPD

Zu einem Artikel in der theoretischen Zeitschrift der KPdSU

Von Hellmut Sieglerschmidt SPD-MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Neun Spalten im Großformat des SED-Organs "Neues Deutschland" nimmt die Übersetzung eines Artikels aus der Februar-Ausgabe der theoretischen Zeitschrift der KPdSU "Kommunist" ein, der dort unter der Überschrift "Die Krise der Ideologie des Sozialreformismus" erschienen ist. Dieser Artikel verdient in verschiedener Hinsicht die Aufmerksamkeit des politisch interessierten Lesers. Zunächst ist bemerkenswert, daß darin der von kommunistischer Seite in den letzten Jahren bei der Auseinandersetzung mit den sozialdemokratischen Parteien in diffamierender Absicht geschaffene und überwiegend gebrauchte Begriff des "Sozialdemokratismus" durch das Wort "Sozialreformismus" ersetzt wird. Damit versuchen die sowjetischen Ideologen und Propagandisten sowohl für den Hausgebrauch ihres Machtbereichs als auch für die politische Auseinandersetzung in demokratisch regierten Ländern den Eindruck hervorzurufen, sie bekämpfen nicht schlechthin die Sozialdemokratie, sondern nur jene "rechten Sozialdemokraten", die Vertreter jenes "bösen Sozialreformismus" seien.

Dadurch soll im kommunistischen Machtbereich die durch die ständige massive publizistische Auseinandersetzung mit dem "Sozialdemokratismus" bei den denkenden Bürgern dieser Länder - sicherlich unbeabsichtigt - entstandene Schlußfolgerung mindestens abgeschwächt werden, die sozialdemokratischen Vorstellungen über die Gestaltung von Staat und Gesellschaft seien so attraktiv, daß ihr Einfluß für die in jenen Ländern bestehende Ordnung gefährlich werden könnte und diese Vorstellungen deshalb so heftig bekämpft werden müßten. Vielmehr handele es sich, so soll dem Leser nahegebracht werden, beim Sozialreformismus gewissermaßen nur um eine Entartungserscheinung, durch die ein - wenn auch beträchtlicher - Teil der sozialdemokratischen Mitglieder in die Irre geführt werde.

In den sozialdemokratischen Parteien selbst möchte man durch die Verwendung dieses Begriffes den Mitgliedern vorhuschen, der Kampf gelte nicht ihrer Partei als solcher, sondern lediglich reformistischen "Rechtsabweichlern" in deren Führung. Zweifellos wird dabei auch an eine Neubelebung jener vor Jahrzehnten besonders unter den deutschen Sozialdemokraten geführten theoretischen Auseinandersetzungen zwischen Reformisten, Revisionisten und Revolutionären gedacht.

Der Verfasser des Artikels im "Kommunist", W. Gzalow, beschäftigt sich in seinen Ausführungen, soweit er konkrete Beispiele

heranzieht, überwiegend mit der SPD. Es liegt auf der Hand, warum dies geschieht, wenn er gleichzeitig dazu ermuntert, dem Beispiel jener Länder nachzueifern, in denen es "allmählich auf den verschiedenen Ebenen zu Kontakten zwischen den sozialistischen und kommunistischen Parteien", d.h. zur Aktionseinklang ("gemeinsame Organisation von Massenaktionen") mit dem Ziele der von den Kommunisten neuerdings wieder propagierten Volksfront komme. Auch hier zielt das theoretische Organ der KPdSU auf eine gleichzeitige Wirkung nach innen und außen.

Nach innen sollen die eigenen Bürger vor dem Irrtum bewahrt werden, die von einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung in Moskau und Warschau unterzeichneten Verträge als Zeichen einer ideologischen Annäherung zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien mißzuverstehen. Genau der umgekehrte Effekt soll dagegen bei gutgläubigen Sozialdemokraten erreicht werden, indem eine Volksfrontpolitik geradezu als logische Folge des Abschlusses der beiden Verträge hingestellt wird. Hier befindet sich der "Kommunist" übrigens wieder einmal in trauter Übereinstimmung mit den Scharfmachern innerhalb der CDU/CSU.

Es wäre reizvoll, sich mit W. Granow über seine Ausführungen zu Fragen der Ideologie, des Eigentums an Produktionsmitteln, der Mitbestimmung und anderen bedeutsamen gesellschaftlichen Problemen auseinanderzusetzen. Das würde jedoch den Rahmen dieser Ausführungen sprengen. Zwei Punkte, die in seinem Artikel behandelt werden, sollten jedoch nicht unerörtert bleiben. Wenn er den "rechten Sozialdemokraten" vorhält, sie seien "aktivere Anhänger der westeuropäischen 'Integration' als viele Bourgeois", so soll ihm nicht widersprochen werden. Dagegen wird die Wahrheit auf den Kopf gestellt, wenn in diesem Zusammenhang behauptet wird, es sei ein Ziel sozialdemokratischer Politik, die kommunistisch regierten Länder voneinander zu isolieren. Von dieser Isolierungstaktik, die von bestimmten Sowjetologen empfohlen wird, hat sich gerade die jetzige Bundesregierung deutlich distanzieren.

Aufschlussreich ist es schließlich, daß der Verfasser des Artikels im "Kommunist" den Beschluß des Parteirates der SPD, in dem gemeinsame Aktionen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt werden, als Beweis für das Wirken "reaktionärer Kräfte" anführt. Er fordert dagegen, daß die SPD die Zusammenarbeit mit den anderen demokratischen Parteien ("die Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie") als Voraussetzung einer "Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse" abbrechen soll. Hinsichtlich dieser Alternative kann man W. Granow nur zustimmen. Denn sie stellt - bei allem, was uns von anderen demokratischen Parteien trennt - in der Tat die Gretchenfrage: "Wie hast Du's mit der Demokratie?" Für jeden Sozialdemokraten kann die Antwort nicht zweifelhaft sein.

(-/ee/25.2.1971/bcy)

+ + +

Sorge um die SPD?

Ein notwendiges Wort zur aktuellen Situation

Wohl zu keiner Zeit in der mehr als 100jährigen Geschichte der Sozialdemokratie gab es so viele besorgte Stimmen um die Zukunft einer Partei, die aus der Geschichte unseres Volkes nicht wegzudenken ist und die durch ihre geistige Spannweite sein politisches Denken befruchtete und ihm immer wieder neue Anstöße gab. Das ist eine der Ursachen ihrer Faszinations- und Ausstrahlungskraft auch über die Bundesrepublik hinaus.

Viele dieser besorgten Stimmen tun nun so, als ob die SPD von einer entscheidenden Wegmarke stünde, ihres Weges ungewiß sei und von inneren Spannungen so erschüttert werde, daß dies zur Handlungsunfähigkeit und damit zur politischen Ohnmacht führen müsse. Es fehlt auch nicht an mehr oder weniger gut gemeinten Ratschlägen. Viele freilich kommen von Seiten, die in der Sozialdemokratie seit eh und je ihren politischen Hauptgegner sehen und es bis heute noch nicht überwunden haben, daß eben diese Partei als führende Regierungspartei im Bündnis mit den Freien Demokraten eine fast 20jährige Alleinherrschaft der CDU/CSU ablöste und nun auf dem guten Wege ist, über längst fällige Reformen der Bundesrepublik ein modernes und der Zukunft zugewandtes Antlitz zu geben. Sie bekämpfen diese Reformpolitik, ja verteufern sie und bringen sie in Verbindung mit einer angeblichen äußeren und inneren Gefährdung der Bundesrepublik. Im Gewande der Sorge gekleidet maßen sie sich die Rolle eines Schiedsrichters an, gliedern die SPD in Gute und Böse, in angenehme und unangenehme Sozialdemokraten usw., dies freilich in der allerdings köstlichen Hoffnung, die stärkste zukunftsgerichtete Kraft unseres Volkes zu lähmen und durcheinanderzubringen, um so selbst wieder an die Macht kommen zu können.

Das ist eine vergebliche, durch nichts begründete Hoffnung. Diese große Partei ist trotz ihrer großen Spannweite festgegründet und festgefügt und hat im Ringen unserer Zeit einen klaren Standort bezogen. Im Godesberger Programm sind ihre Zielvorstellungen umschrieben. Daran gibt es nichts zu rütteln. Es gibt auch keinen Weg zurück, es gibt nur einen Weg nach vorn. Über 14 Millionen Wähler haben die SPD dazu legitimiert, und deren Vertrauen wird nicht enttäuscht werden. Es gibt keine Kumpanei mit den Kommunisten und mit jenen, weder links noch rechts, die den Boden des Grundgesetzes verlassen und unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung auslöschen möchten.

Der Paukenschlag aus München, ausgelöst durch den hochverdienstlichen Oberbürgermeister Dr. Vogel, hat jetzt schon einiges Gutes bewirkt. Er hat die innerparteiliche Diskussion belebt, die Mitglieder aktiviert und der Öffentlichkeit zum Bewußtsein gebracht, daß das, was die SPD berührt, was sie anstrebt und was sie für gut hält, unser ganzes Volk angeht. Diese große Partei hat nach langen und schmerzlichen Erfahrungen die Fähigkeit erworben, alle jene Kräfte zu integrieren, deren Zusammenfassung als politischer Faktor notwendig ist, um unserem Gemeinwesen eine freiheitliche und sozial gerechte Ordnung auf dem Boden der Demokratie zu sichern und sie auch weiter auszubauen. Wer sich dem widersetzt, hat das Los des Abseitsstehenden auf sich genommen.

(ex/ee/25.2.1971/ka)

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Standort und Aufgaben der Sozialdemokratie in der BRD"

Das Ostberliner SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" veröffentlichte am 23. Februar 1971 unter diesem Titel einen Artikel, dessen Verfasser der stellv. ND-Chefredakteur Harri Czepuck ist. Angesichts der grundsätzlichen Bedeutung dieser zweifellos parteiautorisierten Ausführungen veröffentlichen wir sie im vollen Wortlaut, zumal sie von höchster Aktualität sind.

SPD-Pressedienst/Redaktion

"Kürzlich meldete sich im sozialdemokratischen 'Vorwärts' wieder einmal der Generalsekretär der 'Sozialistischen Internationale' Hans Janitschek zu Wort. Er stellte neben einer Reihe aufschlußreicher Eingeständnisse und Bemerkungen die Forderung nach einer eigenen, sozialdemokratischen Ideologie auf.

'Was gebraucht wird', so meint Janitschek, 'ist eine neue ideologische Absicherung der Aufgaben und Ziele der Sozialdemokratie in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften.'

Diese Forderung wirft einige Fragen auf, deren Beantwortung über Standort und Aufgabe der Sozialdemokratie in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus Aufschluß geben könnte.

Eine solche Frage wäre beispielsweise: Was sind eigentlich die Aufgaben und Ziele der Sozialdemokratie, die es jetzt 'ideologisch abzusichern' gilt?

Eine weitere Frage würde lauten: Warum wird diese Diskussion im 'Vorwärts' eröffnet, welche besondere Rolle spielt also die Sozialdemokratie in der BRD?

Wenn man eine Sache absichert, dann will man doch wohl etwas gegen etwas anderes abdecken, es schützen, es erhalten. Für wen und gegen wen geht es hier? Das ist nach Lage der Dinge ziemlich klar.

Das sozialistische Weltsystem, die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern und die nationale Befreiungsbewegung - also die drei Hauptströmungen der antiimperialistischen Bewegung - befinden sich in einer weltweiten Offensive. Beispiele dafür liefert jeder Tag.

Der Imperialismus versucht diese Bewegung aufzuhalten, um seine Herrschaft zu retten.

Seine Defensivoperationen sind in der imperialistischen Globalstrategie ausgearbeitet. Dabei reichen die Mittel, die zur Durchsetzung dieser Strategie angewandt werden, von der brutalen Gewalt und offenen Aggression bis zur ideologischen Diversion.

Nun hat sich aber die aggressive, brutale imperialistische Politik und Ideologie - ob gegen die eigenen oder gegen andere Völker - dermaßen diskreditiert, daß der Imperialismus um ihre Ausstrahlungskraft fürchten muß.

Es beginnt offenbar eine ideologische Götterdämmerung im anderen Lager, und der Ruf nach 'ideologischer Absicherung' wird

laut. Hier wird nun offenkundig die Rolle der sozialdemokratischen Ideologie als Teil der bürgerlichen Ideologie im imperialistischen System deutlich.

Der Vorsitzende der österreichischen Sozialdemokraten, Bruno Kreisky, hat im Juli des vergangenen Jahres in einer Rede in Salzburg die Sozialdemokratie die Alternative zum Kommunismus genannt. Dies ist ein Teil jener Demagogie des Sozialdemokratismus, mit der er unter den immer noch antikommunistisch beeinflussten Teilen der Werktätigen und Völker Fuß zu fassen versucht.

Es ist der Versuch, eine Politik des Dritten Weges zu offerieren, den es nicht gibt. Es gibt den Imperialismus und seine bürgerliche imperialistische Ideologie auf der einen Seite und den Sozialismus/Kommunismus mit der marxistisch-leninistischen Ideologie auf der anderen Seite. Die Entscheidung fällt im Kampf der beiden Systeme: Wer den Sozialismus/Kommunismus also eine Alternative entgegengesetzt, der meint damit den Imperialismus.

Daß die Alternatividee von rechten sozialdemokratischen Führern überhaupt geäußert wird, hängt nun in der Tat mit den von Janitschek beschworenen Aufgaben und Zielen der Sozialdemokratie in den 'fortgeschrittenen Industrienationen' zusammen, wobei 'fortgeschritten' hier mit technisch 'entwickelt' und 'Industriegesellschaft' mit 'Kapitalismus' zu übersetzen ist.

Das ist keine böse oder gewollte Auslegung, sondern in dem von Janitschek schon zitierten 'Vorwärts'-Artikel schreibt der Generalsekretär der 'Sozialistischen Internationale', daß sich Ziele und Aufgaben der Sozialdemokratie gewandelt hätten. Denn - so wörtlich Herr Janitschek - 'viele der klassischen sozialistischen Ziele sind im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft erreicht oder annähernd erreicht worden' (!)

Muß man sich da nicht fragen, was erreicht wurde? Ist die Ausbeutung abgeschafft? Gibt es schon die volle Gleichberechtigung? Ist das Bildungsprivileg gebrochen? Gibt es keine Wirtschaftskrisen mehr? Sind die dem Imperialismus innewohnenden Kriegsherde ausgerottet? Hat der Imperialismus seine Aggressivität nach innen und außen verloren?

So wie Herr Janitschek das formuliert, heißt es nicht mehr und nicht weniger: Die offizielle Sozialdemokratie identifiziert sich mit dem so 'vollkommenen', um nicht zu sagen 'sozialistischen' Kapitalismus. Sie hat an dieser Gesellschaft nichts Grundlegendes mehr zu verändern. Er ist ihre Gesellschaft geworden.

'Die rechten Sozialdemokraten haben aus ihren Parteien gewöhnliche respektable Parteien der bürgerlichen Gesellschaft gemacht', sagte der Sekretär des ZK der KPdSU, Boris Ponomarew, auf der internationalen theoretischen Lenin-Konferenz in Prag im November 1969. Die Praxis ließe erkennen, sagte Genosse Ponomarew, 'daß sie nur in der bürgerlichen Gesellschaft funktionieren und nicht imstande sind, für eine radikale, revolutionäre Umgestaltung zu wirken'.

Vom revisionistischen und opportunistischen Verlassen marxistischer Positionen und dem Übergang ins antikommunistische Lager bis zur vollen Integration in den imperialistischen Staat vollzog sich ein ständiger Abstieg. Denn die einstige Partei des Klassenkampfes, angetreten zum Sturze der alten Ordnung, ist auf die Positionen des Imperialismus übergegangen und ohne im Grunde erfolglose bürgerliche Volksgemeinschaftspartei geworden. Daran an-

dem Wahlerfolge nichts, wenn sie nicht den Werktätigen, sondern den Imperialisten zu Buche schlagen.

Die Sozialdemokratie soll, wie Genosse Friedrich Ebert es auf der 14. Tagung des ZK formulierte, 'durch einige formale und demokratische Verzerrungen die Ausbeutung des Volkes durch die imperialistische Ordnung erträglicher machen, die Grundgesetze des Klassenkampfes vernebeln und so die grundlegende Gesetzmäßigkeit unserer Epoche - den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus - aufhalten'.

Das ist der Standort, das ist die Aufgabe und das ist das Ziel der heutigen Sozialdemokratie in den meisten kapitalistischen Ländern, wenngleich diese Politik auch zu einem weiteren Differenzierungsprozeß führt und die Krise in der Sozialdemokratie vertieft.

Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, eine spezielle Variante der bürgerlichen Ideologie, den Sozialdemokratismus, zu verbreiten, weiter zu entwickeln und mit einem neuen Anstrich zu versehen.

Dabei ist der Sozialdemokratismus nichts weiter als ein Konglomerat bürgerlicher und kleinbürgerlicher Vorstellungen. Sie soll dem Sozialismus und Kommunismus eine politisch-ideologische Auffassung entgegensetzen, um den Kapitalismus in Schutz zu nehmen, ihn - laut Janitschek - 'ideologisch abzusichern'.

In diesem Prozeß nun spielt die Sozialdemokratie in der BRD eine besondere Rolle. Deshalb tritt Janitschek ausgeredet im 'Vorwärts' auf und begründet das auch: 'Die Orientierung der deutschen sozialdemokratischen Partei in Bad Godesberg war das klassische Beispiel für diese (allgemein in der Sozialdemokratie vollzogene) Umwandlung'.

Der Sozialdemokratie der BRD wird also hier eine Vorreiterrolle in der allgemeinen Linie der sozialdemokratischen Politik innerhalb des imperialistischen Systems bestätigt. Sie hat diese ihr zugedachte Rolle noch einmal durch den berüchtigten Münchner Beschluß des Parteirates der SPD vom 14. November 1970 unterstrichen. Nicht nur, daß sie ein antikommunistisches Konzept entwickelt, wie es kein Bourgeois besser hätte tun können. Nein, es folgt in diesem Beschluß auch das ausdrückliche Bekenntnis zum imperialistischen System, von dem sich die rechten SPD-Führer nicht mehr trennen wollen: 'Das gesellschaftliche System der Bundesrepublik Deutschland hat sich insbesondere auf der Grundlage der bestehenden Eigentumsordnung als politisch stabil, wirtschaftlich leistungsfähig und sozial entwicklungsfähig erwiesen. Für die deutsche Sozialdemokratie bleibt die Forderung des Godesberger Programms bestehen: Das private Eigentum hat Anspruch auf Schutz und Förderung.'

Herr Janitschek will dies zum Beispiel für alle machen. Dieses Programm soll offenbar in allen sozialdemokratischen Parteien

durchgesetzt werden, um alle diese Parteien und ihre Anhänger voll in das imperialistische System zu integrieren und vom Kampf gegen Monopolherrschaft, für sozialen Fortschritt, vom Bündnis mit antiimperialistischen Kräften abzuhalten.

Aber die besondere Rolle der Sozialdemokratie in der BRD besteht im Rahmen der Globalstrategie noch in etwas anderem. Sie soll den Vorreiter für die Sache des Imperialismus gegen alle drei Hauptströmungen der antiimperialistischen Bewegung spielen. Sie scheint den Globalstrategen mit dem ehemals guten Namen der deutschen Sozialdemokratie am ehesten geeignet, hier Erfolgversprechendes zu leisten. Sie hat das bewiesen mit ihren offenen Versuchen der 'Perforation' und 'Transformation' der sozialistischen Länder. Am deutlichsten kam das in den konterrevolutionären Sozialdemokratisierungsversuchen gegenüber der CSSR im Jahre 1968 zum Ausdruck.

Willy Brandt hat das auf dem Saarbrücker Parteitag der SPD 1970 geradezu programmatisch formuliert: 'Unsere politische Richtlinie für die 70er Jahre kann sich nicht allein auf die Bundesrepublik beziehen.' Und: 'Worum wir uns verstärkt bemühen sollen, ist der praktische und vor allem auch der geistige Kontakt mit dem Sozialdemokratismus in der ganzen Welt'.

Letzteres geht über die sozialistischen Länder hinaus und zielt besonders auf die jungen Nationalstaaten. Gerade die westdeutsche Sozialdemokratie versucht hier, den eben befreiten Völkern die Illusion eines 'dritten Weges' aufzuschwätzen. Sie tut an einigen Stellen der Welt so, als sei die gegenwärtige Regierung in der BRD ernsthaft gewillt, diesen Ländern auf dem Weg zur Unabhängigkeit zur Seite zu stehen. Angesichts des klaren proimperialistischen Programms dieser Partei ist dies nichts weiter als der Versuch, dem Imperialismus und Neokolonialismus in diesen Ländern wieder eine Hintertür zu öffnen und diese Völker vom klaren antiimperialistischen Weg in die Zukunft abzuhalten.

Was schließlich die kämpfende Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern anlangt, so soll sie durch den Sozialdemokratismus und Antikommunismus in ihrer Kampfkraft gelähmt werden. Willy Brandt dazu ebenfalls programmatisch in Saarbrücken: 'Wir wollen ernst machen mit der Integration der Arbeiter'.

Hier haben wir also einige wesentliche Zielvorstellungen, wie sie besonders ausgeprägt die Sozialdemokratie der BRD vertritt. Sie sind bis zur letzten Konsequenz im Münchner Antikommunismusdokument formalisiert, wo sie sich im Schlusssatz verpflichten, die imperialistische Gesellschaftsordnung 'kompromisslos' gegen alle fortschrittlichen Bewegungen zu verteidigen."

(-/ee 25.2.1971/bgy)